

Apropos 81:

«Wahrhaftigkeitslücken», Israel und die deutsche Atom-Lüge

«Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden», schrieb der deutsche Schriftsteller Günter Grass in einem «Gedicht», das – vor allem in Deutschland und Israel – einen Riesenwirbel verursachte. Jakob Augstein, *Spiegel*-Kolumnist und Verleger der Wochenzeitung *Der Freitag* hielt fest: Der zitierte Satz «hat einen Aufschrei ausgelöst. Weil er richtig ist. (...) Dafür muss man Grass danken. (...) Ein überfälliges Gespräch hat begonnen. Es ist ein Gespräch über Israel. Und darüber, dass Israel einen Krieg gegen Iran vorbereitet.» (Vgl. *Apropos* 80) Dieses Gespräch hat nun auch der neue deutsche Bundespräsident Joachim Gauck auf seine Weise geführt: mit einem Staatsbesuch, den er zum «Solidaritätsbesuch» machte. «Was gesagt werden muss», hatte Gauck «bereits vorausgeschickt»: «Wir Deutsche stehen auf eurer Seite.» Der politische Beobachter meint: «Das ist wichtig und richtig, weil die Geschichte dies als Grundton vorgegeben hat in den deutsch-israelischen Beziehungen. Deutschland trägt nicht nur Schuld, sondern auch Verantwortung – für das Existenzrecht des jüdischen Staates, der aus dem Holocaust hervorging.» Und: «Die Deutschen gelten heute neben den Amerikanern als die besten Freunde Israels. Doch sind es wirklich die Deutschen – oder ist es nur noch die deutsche Bundesregierung?» Denn jenseits von deren Bekundungen «ist von der Solidarität mit Israel nicht mehr viel zu spüren in der deutschen Öffentlichkeit und noch viel weniger dort, wo halböffentlich geraunt wird».¹

70 Prozent der Deutschen halten Israel für rücksichtslos

Eine repräsentative Umfrage des Nachrichtenmagazins *Der Stern*, die kurz vor der Israelreise des deutschen Bundespräsidenten veröffentlicht worden ist, zeigt, dass eine große Mehrheit der Deutschen keine besondere Verantwortung Deutschlands (mehr) für Israel sieht. Denn das Bild der Deutschen von Israel hat sich in den letzten drei Jahren deutlich verschlechtert. Die Umfrage zeigt, dass 70 Prozent der befragten Bürger die Auffassung vertreten, «Israel verfolge seine Interessen ohne Rücksicht auf andere Völker» (11 Prozent mehr als im Januar 2009). «59 Prozent der Deutschen beurteilen das Land inzwischen als «aggressiv» – 10 Prozent mehr als 2009. «Für 58 Prozent ist das Land fremd» – 2009: 50 Prozent. «Nur noch 36 Prozent finden Israel sympathisch» (9 Prozent weniger als 2009). «Dass Israel die Menschenrechte achtet, mei-

nen lediglich 21 Prozent. Vor drei Jahren waren es noch 30 Prozent.» 65 Prozent fordern, dass «Deutschland den Staat Palästina anerkennen sollte», 18 Prozent lehnen einen eigenständigen Palästinenser-Staat ab.²

Das Israel-Bild der deutschen Bevölkerung und das (offizielle) der Regierung stehen sich also diametral gegenüber, weil letztere offensichtlich zu wenig Standvermögen hat. «Israels Regierung hat sich gegen Kritik immunisiert, indem sie alle Vorhaltungen als antiisraelisch oder gar anti-semitisch zurückweist. Selbst wenn das oft als durchsichtiges Manöver zu erkennen ist, zeitigt es in der deutschen Politik immer wieder das gewünschte Ergebnis. Kritik wird von der Bundesregierung höchstens hinter verschlossenen Türen geäußert. Öffentlich kann Außenminister Guido Westerwelle seinem israelischen Gegenüber, dem «lieben Avigdor» Lieberman, bei allfälligen Zusammentreffen dann gar nicht oft genug auf die Schultern klopfen, um seine freundschaftliche Verbundenheit zu zeigen. Da werden so offensichtlich die falschen Politiker geherzt, und so deutlich wird die falsche Politik gedeckt, dass dies den Widerspruch provozieren muss. Das zeigt sich dann in den für Israel verheerenden Umfrageergebnissen, und es hat sich zuvor schon in der Reaktion auf Günter Grass gezeigt. Die Wahrhaftigkeitslücke der deutschen Politik bildete den Resonanzboden, auf dem seine Kritik an Israel umso mehr Zuspruch erfahren hat, je stärker sich das offizielle Deutschland davon distanzierte.»¹

Der Gaukler Gauck

Der deutsche Bundespräsident gab sich viel Mühe. Aber auch er konnte die «Wahrhaftigkeitslücke» nicht wirklich beseitigen. «Deutschland und Israel sind enger verbunden als jemals zuvor», sagte er bei einer kurzen Ansprache in Jerusalem. Die Betonung der deutsch-israelischen Freundschaft ist ihm wichtig. Umso mehr irritiert ihn die wachsende Kritik an Israel in Deutschland: «Ohne Umfragen überzubewerten: Als Freund Israels besorgen mich die Ergebnisse dennoch», sagte er. Und: «Aus den Abgründen seiner Geschichte kommt Deutschland eine einzigartige Verantwortung gegenüber Israel zu. (...) Wachsende Ressentiments gegenüber Israel sind zwar nicht allein ein deutsches Phänomen, aber wir Deutsche sollten uns besonders kritisch fragen: In welchem Geist urteilen wir über israelische Politik? Doch bitte nur im Geist der Freundschaft. Da ist durchaus auch Platz für

Kritik, nicht aber für Vorurteil», betonte der Bundespräsident. Haben demnach 70 Prozent der Deutschen «Resentiments» und «Vorurteile» gegenüber Israel? Gewiss, Gauck absolvierte den politischen Slalom recht galant – wie ein professioneller Gaukler eben: «Wir treten dafür ein, dass Israel in Frieden und in gesicherten Grenzen leben kann». Dafür sei die Anerkennung des Existenzrechts von Israel, die Zwei-Staaten-Lösung und die Berücksichtigung der «berechtigten Anliegen des palästinensischen Volkes» entscheidend. Den israelischen Ministerpräsidenten forderte er auch auf, in der Siedlungspolitik ein «Zeichen» zu setzen. Zum Ende seiner Rede beim Staatsbankett in Israel sagte Gauck: «Auch die Deutschen träumen von Gutem und wir wollen mithelfen, diesen Traum wahr zu machen – den Traum von einem freien und friedlichen Leben, den Traum von menschlichem Miteinander und von gegenseitigem Respekt, im Nahen Osten und überall sonst, wo Menschen leben.»³ Das tönt ja alles wunderbar. Aber halbwegs kritische Geister sehen – oder spüren – die Wahrhaftigkeitslücke sofort. Da wird ein politisches Minenfeld nicht ausgeräumt, sondern krampfhaft übersprungen.

Für einen Moment den Schleier gelüftet?

Der deutsche Bundespräsident weiß das selber: «Mit seinem Abrücken von Angela Merkels Formel vom Existenzrecht Israels als Teil der «deutschen Staatsräson» begibt sich Gauck indes auf rutschiges Parkett. «Bestimmend für die deutsche Politik seien die Sicherheit und das Existenzrecht Israels, relativiert er Merkels Definition von vor vier Jahren.» Vor der Knesset hatte die Bundeskanzlerin damals erklärt, die Sicherheit Israels gehöre zur «besonderen historischen Verantwortung Deutschlands», sie sei «Teil der Staatsräson meines Landes». «Auf Nachfrage» erläutert Gauck seine (scheinbare?) Relativierung «unter Verweis auf die in der deutschen Öffentlichkeit unbeliebten Auslandseinsätze der Bundeswehr, namentlich führt er Afghanistan an. «Ich will nicht in Kriegsszenarien denken», sagt der Bundespräsident mit Blick auf einen denkbaren Krieg Israels etwa mit dem Iran. Das «Staatsräson»-Wort könne die Bundeskanzlerin noch in «enorme Schwierigkeiten» bringen, sagt Gauck.»⁴ Einen Tag später erklärte er: Zwischen sich und der Bundeskanzlerin sehe er in der Israel-Politik keinerlei Differenzen. «Wenn jemand gemeint hat, eine Distanz zwischen der Bundeskanzlerin und mir bei einer Wortwahl herauszulesen, dann wäre das ein Irrtum». Der Bundespräsident betonte: «In der Sache bin ich ganz bei Angela Merkel.»⁵ Zu Recht ätzte Berthold Kohler, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: Der Bundespräsident mied das Wort, «mit dem die Kanzlerin die Zukunft Israels und Deutschlands auf das engste verknüpft hat: Israels Sicherheit sei Teil der deutschen Staatsräson. (...) Die Frage, wie er zu

Frau Merkels Festlegung stehe, wehrte Gauck mit dem Satz ab, er wolle sich nicht jedes Szenario ausdenken, das die Kanzlerin «in enorme Schwierigkeiten» bringe, ihren Satz «politisch umzusetzen». Das legt nahe, dass der Präsident schon einmal über solche Szenarien nachgedacht hat. Denn Frau Merkels Äußerung ist nicht weniger als ein Beistandsversprechen für den Kriegsfall (Iran). Der deutschen Öffentlichkeit scheint die Tragweite dieses Versprechens aber immer noch nicht klar zu sein. Gauck hat für einen Moment den Schleier gelüftet – um danach die Kanzlerin und Israel mit der beunruhigenden Erklärung zu beruhigen, er habe nur «das Gleiche» wie die Kanzlerin ausdrücken wollen.»⁶ Für einen Moment den Schleier gelüftet? Die große Mehrheit der Deutschen hat allmählich die «Wahrhaftigkeitslücken» ihrer Regierung satt. Schon bei Afghanistan, wo Deutschland (angeblich) «am Hindukusch verteidigt» werden sollte, wurde sie über den Tisch gezogen. Und jetzt sollen deutsche Soldaten mit Israel in den Krieg gegen den Iran ziehen? Wenn Israel in einer Notsituation wäre, könnte man allenfalls darüber reden. Aber nicht jetzt, da sogar die amerikanischen Geheimdienste festhalten, dass der Iran keine Atomwaffen hat – ein Iran, der seit Jahrhunderten kein anderes Land angegriffen hat (auch wenn er innenpolitisch teilweise eine brutale Diktatur ist). Nicht jetzt, da eine extremistische israelische Regierung, die das Völkerrecht krass verletzt – also nach üblichen Kriterien kriminell ist –, sich egoistisch ungerechtfertigte Vorteile erschleichen will.

Geheimdienstchefs und Generäle warnen – vor Israels Regierung!

Wie extremistisch die jetzige Regierung ist, zeigen auch die Äußerungen von einigen prominenten Israelis. So hat beispielsweise Yuval Diskin, bis 2011 Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shinbet, «öffentlich vor den «messianischen» Vorstellungen Ehud Baraks und Bibi Netanjahus eindringlich gewarnt! Dass beide einen Angriff auf den Iran planen und diesen eventuell auch durchführen wollen, sei Wahnsinn, unverantwortlich und vor allem: Es würde nicht nur nichts bringen, sondern Israel an den Rand der Katastrophe bringen. Die beiden Männer seien wahrlich nicht die Richtigen, um solche Entscheidungen zu treffen, da sie eben «messianisch» getrieben seien.» Diskin ist nur einer in einer Reihe von gewichtigen Sicherheitspersonen, die vor einem Krieg warnen. Schon vor Monaten hat Meir Dagan, der ehemalige Chef des Auslandgeheimdienstes Mossad, vor solch einem Angriff gewarnt. Kürzlich hat der aktuelle Generalstabschef der israelischen Armee, Benny Gantz, erklärt, er halte die iranische Führung für rational, er glaube nicht, dass sie eine Bombe bauen werde und es wäre für Israel wahrlich kein Kinderspiel, den Iran anzugreifen. Und sein Vorgänger im Amt, Gabi Ashkenasi,

hat noch früher klar Position «gegen Bibi und Barak» bezogen. Auch Ehud Olmert, Premierminister vor Netanjahu, hat nun erklärt, dass er gegen einen Angriff sei.⁷ Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Bevölkerung: Laut Umfragen halten zwar 75 Prozent der Israelis Iran für eine Bedrohung, aber nur rund 20 Prozent unterstützen einen militärischen Alleingang.⁸

Wachsende internationale Ablehnung Israels

In Israel haben einige die wachsende Ablehnung im Ausland registriert. Aber anstatt die «Wahrhaftigkeitslücken» zu schließen, werden Propagandaaktionen geplant. So sollen etwa «Hochschulprogramme helfen, das Ansehen des Landes und seiner Bürger zu verbessern». Der Politikwissenschaftler Eytan Gilboa, «der sich als Fachmann für amerikanisch-israelische Beziehungen einen Namen gemacht hat», gründete deshalb an der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan «ein Zentrum für Internationale Kommunikation». An der Universität will man jetzt zum Angriff übergehen, «damit Israel im internationalen Meinungskampf nicht endgültig unterliegt. Gilboa hält die zunehmende Ablehnung, die Israel im Ausland entgegenschlägt, für eine strategische Bedrohung – besonders in Zeiten, in denen Israel wegen des Atomkonflikts mit Iran auf internationale Unterstützung angewiesen ist. «Wir erleben eine der schlimmsten Kampagnen gegen Juden seit dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland», sagte er. Der britische Außenminister William Hague wurde kürzlich von Israel um Hilfe gebeten, «die antiisraelischen Aktivitäten an britischen Universitäten zu stoppen. Die Lage an den amerikanischen Universitäten sei «entsetzlich».⁶ (Mit Verlaub: Die internationale Kritik gilt nicht «den Juden», sondern der israelischen Politik.)

Protest gegen wahrheitsgemäße Deklaration

Auch in der kleinen Schweiz hat zur Israelfrage ein gewaltiger Umschwung des Meinungsklimas stattgefunden. Das zeigt sich auch daran, dass der Großverteiler Mitgros eine «Wahrhaftigkeitslücke» schließen will: In Zukunft sollen Produkte, die aus den von Israel besetzten Gebieten stammen, wahrheitsgemäß deklariert werden. Der Großverteiler «führt einige Produkte aus Israel im Sortiment. Einzelne dieser Artikel stammen aus palästinensischen Gebieten, die von Israel besiedelt sind.» Die betreffenden Siedlungen, beispielsweise in der Westbank oder in Ostjerusalem, «sind gemäß Einschätzung der Uno und des Bundesrates (der schweizerischen Regierung. B.B.) völkerrechtswidrig. Bisher konnten die Kundinnen und Kunden nicht feststellen, ob ein israelisches Produkt aus jenen Gegenden stammt. Künftig sollen die betreffenden Artikel mit einer präzisen Herkunftsbezeichnung (...) gekennzeichnet sein.» Der Großverteiler «will für Transparenz sorgen; die Entscheidung für oder gegen die

Produkte liegt bei den Kunden».⁹ Gegen dieses Transparenzbemühen wurde von gewisser Seite sofort protestiert. So warf die israelische Botschaft in der Schweiz dem Großverteiler vor, sich «an einer antiisraelischen politischen Kampagne» zu beteiligen. Diese «ziele darauf ab, Israel anzuschwärzen und schon im Voraus den zukünftigen Status der umstrittenen Gebiete festzulegen»¹⁰. Die Antwort des Großverteilers kam postwendend: Die gleiche Differenzierung mache auch die offizielle Schweiz – aufgrund von Staatsverträgen mit Israel... Auch die Eidgenossenschaft mache einen Unterschied «zwischen Gütern aus Israel und solchen aus den besetzten palästinensischen Gebieten. Die Schweiz hat im Verbund mit den Efta-Ländern ein Freihandelsabkommen abgeschlossen, das sich nur auf die völkerrechtlich anerkannten Grenzen Israels beschränkt. Dasselbe gilt für das bilaterale Landwirtschaftsabkommen mit Israel. Für Erzeugnisse aus den israelischen Siedlungen besteht kein Anspruch auf präferenzielle Zollbehandlung. Israel hat sich in einer Vereinbarung mit der Efta verpflichtet, in den Ursprungsnachweisen die Ortschaft oder Industriezone anzugeben.» Auch «die radikaleren Regierungen in jüngerer Zeit» haben dieses Abkommen nicht in Frage gestellt.¹¹

Die deutsche Atom-Lüge

Bei Redaktionsschluss tut sich nicht nur eine neue «Wahrhaftigkeitslücke» auf, sondern ein Riesenloch: Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* überführt die deutsche Regierung der plumpen Lüge: Die Bundesrepublik hilft – entgegen bisheriger Dementis – «Israel beim Ausbau seiner Atomwaffenstreitkräfte. Das haben Recherchen des *Spiegel* ergeben. Danach stattet Jerusalem U-Boote, die in Kiel gebaut und weitgehend von Berlin bezahlt wurden, mit nuklear bestückten Marschflugkörpern aus. (...) «Die Deutschen können stolz darauf sein, die Existenz des Staates Israel für viele Jahre gesichert zu haben», sagt der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak gegenüber dem *Spiegel*. Bislang zieht sich die Bundesregierung darauf zurück, dass sie nichts von einer atomaren Bewaffnung der Schiffe wisse. Ehemalige hochrangige Beamte aus dem Verteidigungsministerium» haben jedoch erklärt, «sie seien schon immer davon ausgegangen, dass Israel auf den U-Booten Nuklearwaffen stationieren werde». Einer «hat darüber auch mit Militärs in Tel Aviv gesprochen». Die U-Boote «werden von der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel gebaut. Drei sind bereits geliefert, drei weitere werden bis 2017 übergeben. Zudem erwägt Israel, in Deutschland noch drei weitere U-Boote zu bestellen». Die deutsche Bundeskanzlerin ist «den Israelis weit entgegengekommen»: Beim sechsten Boot übernimmt Berlin «nicht nur mit 135 Millionen Euro ein Drittel der Kosten, sondern stundet auch den israelischen Anteil bis 2015».¹²

«Günter Grass lag eben doch richtig»

Der bereits erwähnte Journalist und Verleger Jakob Augstein stellt fest: «Günter Grass lag eben doch richtig, als er vor Wochen vor der nuklearen Bedrohung warnte, die von Israel für den Nahen Osten ausgehe.» Bei der Bewaffnung Israels geht es um «das schlechte Gewissen und das gute Geschäft» (der Rüstungsindustrie). «Es ist eine absurde Folge der deutsch-jüdischen Geschichte, dass die Deutschen ihre Verbrechen am jüdischen Volk mit einer Politik wettmachen wollen, die in Wahrheit dieses Volk den größten Gefahren aussetzt. Auch durch deutsche Mithilfe schwebt die atomare Gefahr über Israel. Jede israelische Bombe, jedes deutsche U-Boot, das Atomwaffen abschießen kann, erhöht den Druck auf Iran und die arabischen Nachbarstaaten, selbst zum Mittel der nuklearen Aufrüstung zu greifen. Die iranische Atompolitik ist die Antwort auf die israelische Bombe. Wenn Israel und Iran sich eines Tages nuklear bewaffnet gegenüberstehen, ist das auch eine Folge deutscher Politik. (...) Aber für Deutschland rechnet sich das Geschäft mit der atomaren Bedrohung» – auch wenn Deutschland die sechs Schiffe mit mehr als einer Milliarde Euro subventioniert. Die Regierung Merkel hat «kurz versucht, von den Israelis so etwas wie eine Gegenleistung für die deutsche Großzügigkeit zu erlangen»: die expansive Siedlungspolitik sollte gestoppt werden, «Gaza solle die Genehmigung erhalten, ein von Deutschland finanziertes Klärwerk fertig zu bauen, und die eingefrorenen Steuergelder der Palästinensischen Autonomiebehörde sollten freigegeben werden. Als die Israelis mit dem Lachen fertig waren, haben sie die palästinensischen Steuergelder freigegeben. Das war's.»¹³

Auch Nahostexperten betonen: «Das Geschäft ist aber sicher ein Schritt, der die Iraner in ihren Bemühungen um den Bau einer Atombombe bestärken wird.»¹⁴

«Die Zeit arbeitet gegen Israel»

Bei gutem Willen wäre das Problem recht einfach zu lösen. Die israelische Regierung müsste sich dazu durchringen, auf Sonderrechte zu verzichten und sich damit zu bescheiden, was für alle Menschen ohne Unterschied von Rasse, Volk, Klasse und so weiter gilt. Ministerpräsident Netanjahu schiebt die Schuld am Scheitern des Friedensprozesses immer wieder den Palästinensern zu. Israel wolle selbstverständlich den Friedensprozess, aber «ohne Vorbedingungen» – wie sie die Palästinenser verlangen, indem sie vorher den Stopp der Siedlungspolitik fordern. Man stelle sich diese Schlaumeierei vor: Wer sich bereit erklärt, mit dem sich gütlich einigen zu wollen, der ihm jeden Tag Land raubt, aber selbstverständlich verlangt, dass der Raub sofort aufhört, wird vom Räuber beschimpft, er stelle Vorbedingungen und verhindere damit die Verhandlungen. Dies gilt umso mehr,

wenn der Räuber selber Vorbedingungen stellt: die «Bereitschaft der Araber, den Staat Israel anzuerkennen»¹⁵. Eine solche Anerkennung kann doch erst nach Verhandlungen erfolgen, in denen geklärt wird, was der Staat Israel überhaupt ist oder sein kann; ein «rein jüdischer Staat» jedenfalls kann er vernünftigerweise nicht sein, sonst werden ja alle Nichtjuden zu Menschen zweiter Klasse gestempelt; es kann nur ein Staat sein, indem Juden, Moslems usw. gleichberechtigt miteinander leben. Bei den Verhandlungen müsste die israelische Seite auch anerkennen, dass rund 750000 Palästinenser zum Teil mit Gräueltaten vertrieben worden sind. Die Zeit arbeitet gegen Israel, denn es hat bald keine Freunde mehr – außer vielleicht einigen Regierungsleuten, die damit ihr machtpolitisches Süppchen kochen.

Individuelle Freiheit als «soziale Grundforderung»

Ziel des Prozesses muss die individuelle Freiheit jedes Menschen sein, die schon Rudolf Steiner als «soziale Grundforderung» bezeichnet hat¹⁶. Dieses Ziel steht in einem gewissen Gegensatz zum «Selbstbestimmungsrecht der Völker/Nationen», wie es unglückseligerweise vor rund 100 Jahren der amerikanische Präsident Woodrow Wilson postuliert hat. Denn dieses wird in Gebieten, in denen die Völker gemischt sind, notwendigerweise zu Konflikten oder gar Katastrophen führen. Vernünftig kann nur ein Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Menschen sein. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten führt unweigerlich zum Nationalismus; «die einzige Realität in der Gegenwart» müsste aber sein «die Überwindung der Nationalismen, die Auslöschung der Nationalismen und das Ergriffenwerden der Menschen von dem allgemeinen Menschtum»¹⁷.

Boris Bernstein

1 *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.2012.

2 *stern.de* 23.5.2012.

3 *Spiegel Online*, 29.5.2012.

4 *Welt Online*, 29.5.2012.

5 *sueddeutsche.de* 30.5.2012.

6 *faz.net* 30.5.2012.

7 *blog-admin.br-online.de/studio-tel-aviv-/page/3* 30.4.2012.

8 *NZZ Online*, 30.4.2012.

9 *Migros-Magazin*, 29.5.2012.

10 SDA-Meldung, 30.5.2012.

11 *Neue Zürcher Zeitung*, 1.6.2012.

12 *Der Spiegel*, 4.6.2012.

13 *Spiegel Online*, 4.6.2012.

14 *Tages-Anzeiger*, Zürich 4.6.2012.

15 *Spiegel Online*, 30.5.2012.

16 Rudolf Steiner, GA 297a 28.2.1921.

17 Rudolf Steiner, GA 198 3.4.1920.